

# Die Traditionsfamilie soll steuerlich ohne Nachteile sein

Die SVP schlägt sich auf die Seite der traditionell geführten Familien und will diese belohnen. Eine Volksinitiative soll diesem Anliegen nun Nachdruck verleihen.

Von Jürg Auf der Maur

Bern. – «Wer seine Kinder selber betreut, soll nicht schlechter gestellt werden.» Das sagt SVP-Nationalrat Josef Kunz. Als Präsident der SVP des Kantons Luzern stellt er sich voll und ganz hinter ein Vorhaben, das die Mutterpartei nun lanciert. Die SVP Schweiz legt eine Volksinitiative vor, um die ihrer Meinung nach ungerechte Bundesratsvorlage zur Revision der Familienbesteuerung zu kontorn. Ziel der SVP-Initiative: die «steuerliche Benachteiligung» der traditionellen Familie zu verhindern.

## Zwingend für alle Kantone

Noch diesen Herbst werden National- und Ständerat nämlich über die von Finanzminister Hans-Rudolf Merz vorgelegte Reform beraten. Neu sollen Paare, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, weil beide Elternteile einer Arbeit nachgehen, einen Steuerabzug von 12 000 Franken geltend machen können. Was einzelne Kantone bereits kennen, müssten künftig alle einführen. Der Abzug für die Fremdbetreuungskosten soll nämlich zwingend auch im Steuerharmonisierungsgesetz verankert und damit für alle Kantone bindend werden. Über die Höhe des Maximalbetrags könnten die Kantone allerdings frei entscheiden.

Der SVP ist dieser Abzug ein Dorn im Auge, sie lehnt ihn ab. Um der «drohenden Diskriminierung der familiären Kinderbetreuung Einhalt zu gebieten», legt sie nun eine Initiative vor, die dieser Tage in die parteiinterne Vernehmlassung geschickt wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Initiative lanciert wird, ist hoch. Die



Wer schaut zu mir? Die Betreuung von Kindern ist in der Schweiz zu einem Politikum geworden. Bild Alessandro della Valle/Keystone

SVP-Spitze will zwar noch den Parlamentsentscheid abwarten, aber das Departement Merz kann sich schon heute über eine Parlamentsmehrheit freuen.

## Zwei Wege zum Ziel

Konkret schlägt die SVP Schweiz den Kantonalparteien zwei Wege vor, um das Ziel zu erreichen:

- Der Artikel 129 der Bundesverfassung, wo es um die Steuerharmonisierung geht, soll um einen neuen, vier-

ten Paragraphen ergänzt werden. Danach soll für Fremdbetreuungskosten von Kindern kein höherer Steuerabzug gewährt werden dürfen als für die Eigenbetreuung. Damit, so heisst es in einem SVP-Papier, das der «Südostschweiz am Sonntag» vorliegt, würde die Autonomie der Kantone auch künftig unterstützt, indem diese selber entscheiden könnten, «ob überhaupt Betreuungsabzüge» gewährt werden. Die zweite Variante käme einem Appell an die Eigenverantwortung

der Eltern gleich. An prominenter Stelle in der Verfassung wo es um das Grundrecht von Ehe und Familie geht (Artikel 14), soll ebenfalls ein neuer Passus eingeführt werden. Dieser schreibt den Eltern das Recht zu, ihre Kinder zu erziehen und zu betreuen, und hält weiter fest: «Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen, dürfen nicht besser gestellt werden als Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, insbesondere in Bezug auf steuerrechtliche Abzüge und die Sozialversicherungen.»

Bis Ende August haben die SVP-Kantonalparteien nun Zeit, sich für eine dieser Varianten zu entscheiden.

## Merz streitet Diskriminierung ab

Von einer Diskriminierung, wie sie die SVP sieht, will Finanzminister Merz nichts wissen. Gestützt auf einen Expertenbericht sieht er die Ausgangslage umgekehrt: «Mit der Einführung eines Abzugs der Kosten für die Fremdbetreuung der Kinder wird keine Diskriminierung der familieninternen Kinderbetreuung geschaffen, sondern die heutige steuerliche Benachteiligung der Eltern mit fremdbetreuten Kindern behoben», hielt er im Februar auf eine Motion von SVP-Nationalrat Christoph von Rotz (Obwalden) fest.

Mit dieser Ansicht ist der Bundesrat nicht allein: «Doppelverdiener werden heute durch die hohe Progression und die meist lohnabhängig ausgestatteten Betreuungskosten gleich doppelt bestraft», betont FDP-Fraktionschefin Gabi Huber. Ihre Partei wolle, dass Beruf und Familie vereinbar seien. Das heutige Steuersystem sei auf die Einverdienerehe ausgerichtet. «Das entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen Realität.» Das sieht auch Ida Glanzmann (CVP, Luzern) so: «Es darf nicht sein, dass die Zusatzeinkommen, die notwendig sind, gleich wieder mit dem Geld für Betreuung aufgehoben werden», betont die frühere Präsidentin der CVP-Frauen.

INTERVIEW 5. SPALTE

## AUS ERSTER HAND

«Der Staat hat sich nicht einzumischen»



Mit Toni Brunner\* sprach Jürg Auf der Maur

## Herr Brunner, warum bekämpft die SVP den vom Bundesrat angestrebten Fremdbetreuungsabzug für Familien?

Toni Brunner: Uns passt der Vorschlag aus dem Finanzdepartement nicht, weil er eine Diskriminierung der familiären Erziehung darstellt. Man bevorteilt einseitig jene, die ihre Kinder auswärts geben. Wir sind dafür, dass alle Familien steuerlich entlastet werden. Aber es darf nicht zu Ungerechtigkeiten führen.

## Ungerecht ist doch die heutige Situation. Wer auf externe Betreuung angewiesen ist, fährt schlechter.

Was suggeriert wird, stimmt nicht. Alle Eltern sollen unserer Ansicht nach entlastet und die kalte Progression ausgeglichen werden. Ich bleibe dabei: Die elterliche Erziehung wird gering geschätzt. Alles läuft derzeit darauf hinaus, die Kinder noch früher in fremde Hände zu geben. Das ist nicht gut.

## Die Revision der Familienbesteuerung sieht vor, dass alle Familien höhere Abzüge machen können.

Das reicht uns aber nicht. Die Abzüge für die elterliche Erziehung sind viel kleiner. Wir wollen, dass die Eltern, die für ihre Kinder selber schauen und sie zuhause erziehen, nicht schlechter gestellt werden. Wer selber für die Kinder schaut und nicht arbeiten geht, verzichtet auf Einkommen und ist daher umso mehr auf höhere Abzüge angewiesen. Zudem: Der Staat hat sich bei den Betreuungsformen gar nicht einzumischen.

## Das macht die SVP auch. Sie betreiben Heimatschutz für die traditionelle Familie.

Wir müssen leider den nötigen Druck machen, damit die traditionellen Familien nicht weiter benachteiligt werden. Wir spielen immerhin mit offenen Karten.

## Aber an der Realität vorbei. Viele sind schlicht und einfach auf ein Zweiteinkommen angewiesen.

Wir lassen die Realität nicht ausser Acht. Aber wir wollen der Geringerschätzung der traditionellen Familie entgegenwirken. Das ist nicht mehr tolerierbar. Die Politik animiert die Leute nicht nur, aus Steuergründen die Kinder wegzugeben. Bald soll es beispielsweise für Onkel und Tanten auch eine Bewilligungspflicht fürs Hüten geben. Das ist absurd, das wird die SVP vehement bekämpfen.

\* Toni Brunner ist Präsident der SVP Schweiz.

## SONNTAGSKOLUMNE

# Pack die Badehose ein – oder warum weniger mehr ist



Von Niklaus Brantschen

**Endlich Ferien!** Wir haben darauf gewartet und möchten sie in vollen Zügen geniessen. Dabei sind wir immer wieder in Gefahr, möglichst viel in die schönsten Tage des Jahres hineinzupacken. Wir bringen uns unter Druck und vergessen die bewährte Regel, dass weniger oft mehr ist.

**Beim Packen** beginnt es. Immer wieder nehmen wir zu viele Bücher mit, die wir dann doch nicht lesen. Und Unterlagen für einen Artikel, den wir dann doch nicht schreiben. Und Seil und Pickel für eine Hochtour, die wir dann doch nicht machen. Wehmütig erinnern wir uns dann vielleicht an den beschwingten Schlager von Conny Froboess aus der Mitte des vorigen

Jahrhunderts: «Pack die Badehose ein ...» Aber schon ist der Traum vom leichten Gepäck ausgeträumt, und die Ferien beginnen wie immer mit schwerem Gepäck. «Aktivferien» sollten es wo möglich sein.

## Aktivferien, wer kennt sie nicht!

Sie versprechen Abenteuer, Abhärtung und sportliche Bräune. Wer ihrer Verlockungen erliegt, fährt beispielsweise mit dem Fahrrad über Stock und Stein zum Vita-Parcours, absolviert diesen in kurzer Zeit, rast dann zu Tale und durchquert schwimmend einen See. Andere spurten – wie ich dies vor Jahren getan habe – mit dem Fahrrad in einem Tag um den Lago Maggiore.

**Doch so paradox** das klingt, wer auf diese Weise Ferien macht, ist im Grunde mehr passiv als aktiv. Denn beschäftigt sein, ein festes, womöglich stures Programm abwickeln, heisst nicht ohne weiteres aktiv sein. Es heisst vielmehr, etwas über sich ergehen lassen, es erleiden. Etwas erleiden bedeutet aber, vom lateinischen Wort-sinn her, passiv sein. Und diese

masslose aktivistische Passivität lässt uns nicht zur Ruhe kommen und Geschmack am Leben finden. Albert Schweitzer behält Recht, wenn er sagt, der moderne Mensch sei in einem erschreckenden Masse passiv. Und er ist es auch dann, wenn er sich den Aktivferien verschreibt. Was ist zu tun?

**Es ist empfehlenswert**, sich vor der Planung des Urlaubs Zeit zu nehmen, nach innen zu horchen und sich zu fragen: Was brauchen mein Körper und meine Seele wirklich? Was kommt in meinem Alltag zu kurz? Es kann auch hilfreich sein, mit guten Freunden darüber zu sprechen, oder auch mit dem Hausarzt. Die Ferien sind zu kostbar, als dass wir in ihnen – bei allem Dolcefarniente – planlos in den Tag hineinleben könnten. Sie sind zu selten, um sie dem Zufall zu überlassen.

**Wie ist es aber**, wenn ich nicht allein bin, wenn Familienferien angesagt sind? In diesem Fall rate ich, besonders sorgfältig zu planen. Warum nicht einen «Ferien-Familienrat» einberufen? Dabei

schreiben alle Familienmitglieder auf einem grossen Blatt Papier ihre Wünsche auf. Dann folgt ein Austausch, wobei gemeinsame Wünsche mit einer Leuchtfarbe markiert und auf einem eigenen Blatt festgehalten werden können. Die speziellen Wünsche der Einzelnen werden mit je einer anderen Farbe markiert. Vielleicht lassen sich die verschiedenen Wünsche koordinieren. Im Übrigen sollten die einzelnen Familienmitglieder soweit wie möglich ihren eigenen Interessen nachgehen dürfen, ohne dass dies die Harmonie in der Familie in Frage stellt.

**Weniger** ist oft mehr. Zum Beispiel könnte es besser sein, nur eine gemeinsame Mahlzeit am Tag einzunehmen, dies aber gut zu gestalten, als mehrmals am Tag alle Familienmitglieder auf denselben Ort und dieselbe Zeit zu verpflichten. Ferienzeiten sind zuerst und vor allem freie Zeit. Zeit zum Verweilen, zum Innehalten, zum Staunen!

Niklaus Brantschen, Jesuit und Zen-Meister, wohnt und wirkt im Lassalle-Haus Bad Schönbrunn in Edlibach (Zug).

## Impfstoff erst nach erster Grippewelle

Genf. – Die erste Pandemie-Welle trifft die Schweiz wohl noch vor der Verfügbarkeit eines Impfstoffs gegen die Schweinegrippe. Zu diesem Schluss kommt die Präsidentin der Eidgenössischen Impfkommision, Claire-Anne Siegrist, in einem Interview der Zeitung «Le Temps». Bereits im September könnten innerhalb einer Woche 400 000 Menschen am Virus A(H1N1) erkranken. Erste Impfungen seien aber wohl erst Anfang Oktober verfügbar. (ap)